

# Telefonie: Wir müssen das retten, was noch zu retten ist

Interview mit den FDP-Regierungskandidaten Rita Kieber und Ernst Walch

Fortsetzung von Seite 7

informiert, können wir die notwendige Strategie rechtzeitig entwickeln. Dies ist derzeit offensichtlich nicht der Fall. Man musste erkennen, dass wir mehrmals auf dem linken Fuss ertappt wurden und nicht vorbereitet waren. Aussenpolitik mag in einem kleinen Land wie Liechtenstein nicht unbedingt populär sein, aber je grösser und intensiver unsere Verflechtung, desto wichtiger wird unsere Aussenpolitik. Dazu müssen wir stehen. Ich habe an der Pressekonferenz auch einen konkreten Vorschlag gemacht, wie man ein solches Netz des Informationsflusses auf- und ausbauen kann.

## Ich bin ohne Wenn und Aber für die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer

Hierfür kann ein sorgfältig aufgebautes Honorarkonsularwesen, dessen Einführung ich gefordert habe, dienen. Liechtenstein hat dann in jenen Ländern, die für uns wichtig sind, Honorarkonsule bestellt, die für uns in wirtschaftlichen und anderen Belangen tätig sind. Das heisst also: Unsere Politik, unser Liechtensteinbild, das wir vermitteln wollen, sowohl nach

Volksabstimmung betreffend die Gesamtrevision des Steuergesetzes auch verständlich.

## Wir haben Gebühren eingeführt, die als Steuern zu gelten haben, da sie mehr als den Aufwand abdecken

Zum einen gab es in den letzten Jahren Steuererhöhungen, direkte oder indirekte, ich erinnere an die Mehrwertsteuer und neu die LSV, und zum anderen wurden Gebühren wie Grenzgängerbewilligungs- und Grundbuchgebühren, staatliche Gebühren für Tankrevisionen, Gewerbebewilligungen, Tourismusumlage über die Jahre massiv erhöht bzw. überhaupt erst eingeführt. Andererseits aber gab es keine Entlastungen. Zudem haben wir Gebühren eingeführt, die als Steuern zu gelten haben, da sie mehr als den Aufwand abdecken. Gebühren haben jedoch nur den Verwaltungsaufwand abzudecken. Diejenigen Gebühren, die mehr abdecken als den Verwaltungsaufwand, sind versteckte Steuern. Diese Steuern belasten meist den Mittelstand. Ich bin der Meinung, dass auch die Grundverkehrssteuer, die aufgrund der rasant und stark gestiegenen Grundstückspreise ebenfalls angestiegen ist, gera-



Beide Regierungskandidaten der Bürgerpartei sprechen sich im Interview für eine transparentere Regierungsarbeit aus.

**Kanton die Erbschaft- und Schenkungssteuer abgeschafft. Sind Sie auch für eine Abschaffung dieser Steuer?**

Ernst Walch: Ja, ohne Wenn und Aber.

**Noch eine finanzpolitische Frage: Wie sehen Sie als Mitglied des Verwaltungsrates der Landesbank und als Regierungskandidat die Finanzpolitik in Bezug auf den Landesanteil an Landes-**

bankaktien? Soll der Staat den Verkauf solcher Aktien fortsetzen?

Ernst Walch: Diese Entscheidung muss grundsätzlich von der Landesbank vorbereitet und von den Aktionären getroffen werden. Mir ist sehr wohl bewusst, dass unser Land Hauptaktionär der Landesbank ist. Eine Teilprivatisierung bis 51 Prozent ist jetzt schon gesetzlich vorgesehen. Derzeit sind noch etwa 58 Prozent in der Hand des Staates. Es besteht also noch eine gewisse Spannweite, ohne dass das Land die Mehrheit abgibt. Die LLB-Aktien sind wertvolles La-

der Institution und dem Erfolg derselben abträglich?

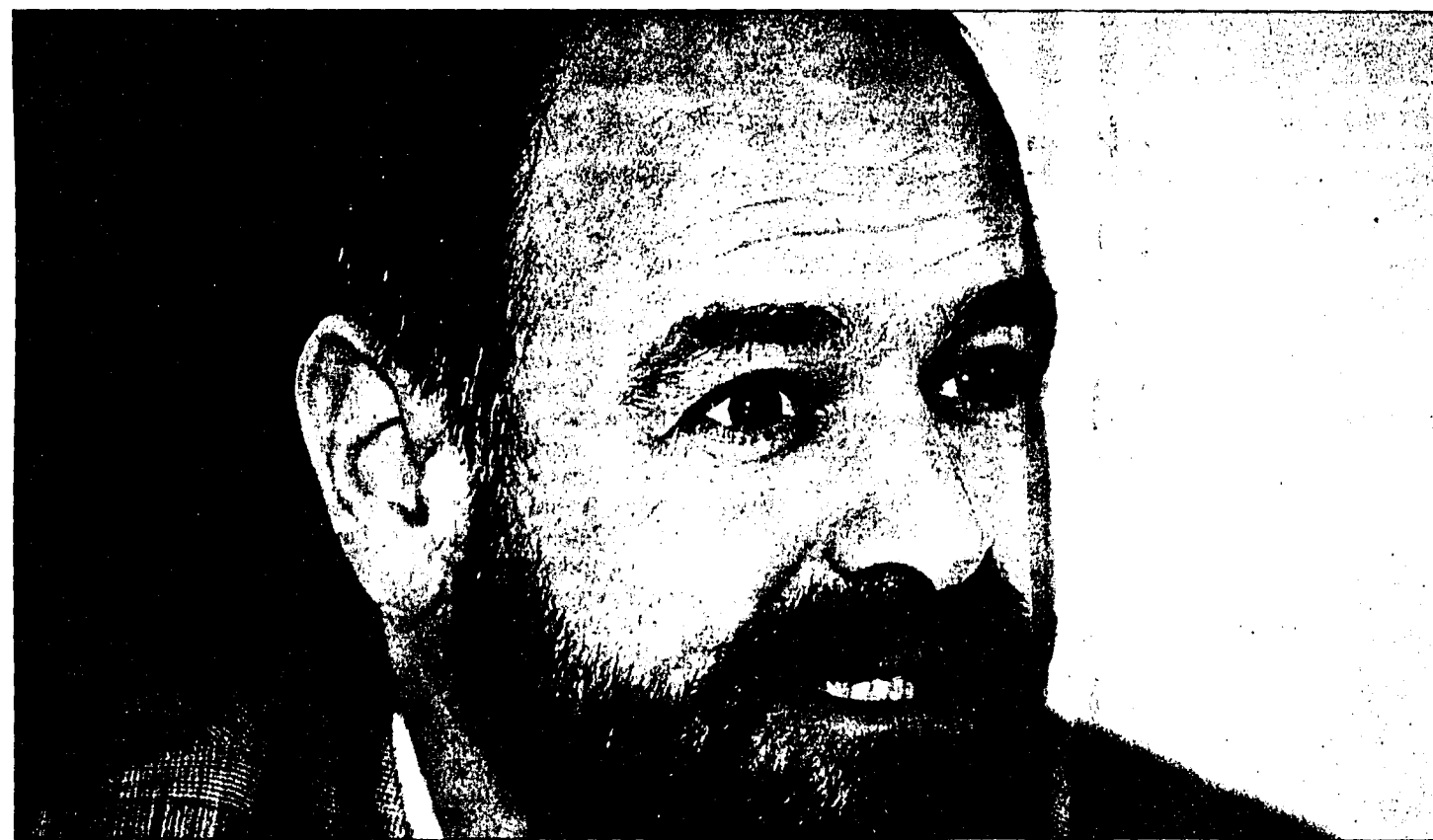
**Ich wünsche mir Liechtenstein als offene Gesellschaft, in der Argumente zählen und nicht die Durchsetzung von Machtpositionen**

**Weniger Staat und weniger Kontrolle haben Sie als Ziel angegeben. Gibt es bei uns zu viel Staat und zu viel Kontrolle und wenn ja, in welchen Bereichen?**

Ernst Walch: Ich bin der Meinung, dass es in gewissen Bereichen zu viel Staat und zu viel Kontrolle gibt. Als Beispiel möchte ich das Baugesetz erwähnen. Im Baugesetz werden Vorgaben gemacht, die einer möglichen theoretischen Sicherheit dienen, die einer raumordnenden Idee dienen sollen, es aber doch nicht tun. Man sieht anhand vieler Beispiele, dass nur mit Ausnahmegenehmigungen gebaut werden kann, also die Regel die Ausnahme wird. Dann ist das Gesetz falsch. Man sollte den Eigentümern nicht unnötig Vorschriften innerhalb ihrer vier Wände machen, sondern lediglich einen relativ weiten Rahmen geben, diesen aber doch einhalten. Damit meine ich insbesondere die Ausnutzungsziffer.

**Frau Kieber, Regierungschefkandidat Otmar Hasler möchte eine Aufbruchstimmung erzeugen, damit jeder in Zukunft mitarbeitet, das schöne Land Liechtenstein mitzugestalten. Dies ist für ihn eine Vision für die Zukunft. Was sind Ihre Visionen für Liechtenstein im 3. Jahrtausend?**

Rita Kieber: Ich wünsche mir Liechtenstein als offene Gesellschaft, in der Argumente zählen und nicht die Durchsetzung von Machtpositionen. Nur kritische und konstruktive Geister können Liechtenstein weiterbringen. Es muss gelingen, sich wieder vermehrt auf Werte nicht materieller Natur zu besinnen. Das Wohl der Menschen, nicht die Gewinnmaximierung und das rücksichtslose Streben nach wirtschaftlichem Wachstum muss oberstes Ziel sein. Selbstbeschränkung, Achtung und Respekt vor unseren Mitmenschen, Solidarität und Toleranz müssen manifeste Grundwerte unserer Gesellschaft darstellen. Nur so scheint es mir möglich, dass auch künftige Generationen ein lebenswertes Liechtenstein vorfinden. Das, was Peter Kaiser, ein geachteter Maurerbürger, im «Brief an meine Landsleute» bereits 1848 schrieb, hat in einer offenen, wertorientierten Gesellschaft auch noch in 100 Jahren Bestand: «Wenn wir unseren Vorteil recht verstehen, können wir ein Völklein vorstellen, das Niemand gefährlich ist, aber doch Allen Achtung abnötigt.» Das ist meine Vision für Liechtenstein.



Ernst Walch: «Unsere Politik, unser Liechtensteinbild, das wir vermitteln wollen, sowohl nach aussen als auch von aussen nach innen, werden über das Netz der Honorarkonsule relativ kostengünstig multipliziert und mitgetragen.»

aussen als auch von aussen nach innen, werden über das Netz der Honorarkonsule relativ kostengünstig multipliziert und mitgetragen.

**In Bezug auf die Steuerpolitik sprachen Sie von einer Steuerreform und von der Entlastung des Mittelstandes. Können Sie diese Aussage konkretisieren?**

Ernst Walch: In den letzten Jahren hat unsere Steuerpolitik darin bestanden, dass das jetzige Steuersystem als solches nicht in Frage gestellt wurde. Dies ist aufgrund der anfangs der 90er-Jahre stattgefundenen

de den Mittelstand belastet, der ja grösstenteils noch am Grundstücksmarkt teilnimmt. Deshalb müssen wir, wenn diese Steuern und Abgaben bestehen bleiben, auf der anderen Seite den Mittelstand wieder entlasten. Grundsätzlich soll der Staat nicht ein Spargeldverwalter sein, sondern er soll seine laufenden Kosten und seine Investitionskosten, die notwendig sind, bezahlen können. Er soll aber nicht ohne konkreten Verwendungsbedarf Geld anhäufen dürfen.

**in der Schweiz wird, je länger desto mehr, von Kanton zu**

**bankaktien? Soll der Staat den Verkauf solcher Aktien fortsetzen?**

Ernst Walch: Diese Entscheidung muss grundsätzlich von der Landesbank vorbereitet und von den Aktionären getroffen werden. Mir ist sehr wohl bewusst, dass unser Land Hauptaktionär der Landesbank ist. Eine Teilprivatisierung bis 51 Prozent ist jetzt schon gesetzlich vorgesehen. Derzeit sind noch etwa 58 Prozent in der Hand des Staates. Es besteht also noch eine gewisse Spannweite, ohne dass das Land die Mehrheit abgibt. Die LLB-Aktien sind wertvolles La-

haben soll oder nicht. Die meisten Staaten haben es nicht. Ich möchte als Verwaltungsrat der LLB dieser Entscheidung unter keinen Umständen vorgreifen und schon gar nicht als Mitglied des Verwaltungsrates sprechen. Meine persönliche Meinung ist, dass dieses Thema diskutiert gehört. Ich bin grundsätzlich offen und bevorzuge Privatwirtschaft der Staatsverwaltung. Aber ich bin gegen Privatisierung um der Privatisierung willen. Man muss sich die Frage stellen: Ist es im Sinne der Institution Landesbank, dass der Staat die Mehrheit behält, oder ist dies

